

Vorschlag zur Formulierung einer Präambel
und zur Strukturierung der Strategischen Ziele

Präambel:	Die strategischen Ziele des Kreises Mettmann orientieren sich an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger. Das strategische Zielprogramm wird dabei durch die finanzielle und demografische Entwicklung im Kreisgebiet Mettmann flankiert. Die nachhaltige Finanzierung der gesetzlich vorgeschriebenen und der selbstverwalteten Aufgabenwahrnehmung über ausgeglichene Haushalte und die ressortübergreifende Gestaltung des demografischen Wandels definieren den Handlungsrahmen für die Aktivitäten der Kreisverwaltung Mettmann.
------------------	---

Bildung	1. Nachhaltige und attraktive Bildungsangebote ■ Optimierung der Qualität der Berufskollegs des Kreises Mettmann ■ Optimierung des Förderschulwesens im Kreis Mettmann ■ Qualifikation von Schulleitungen und Lehrkräften 2. Unterstützung von jungen Menschen beim Übergang von der Schule in den Beruf ■ Förderung junger Menschen mit geringen Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ■ Aufbau eines Übergangsmanagements Schule-Beruf ■ Bildungspartnerschaften (Regionales Bildungsnetzwerk)
Soziales	3. Nachhaltige soziale Absicherung und Förderung unterstützungsbedürftiger Personenkreise ■ Bedarfsgerechte Unterstützung und Versorgung von älteren Menschen mit Hilfe- und/ oder Pflegebedarf sowie Anpassung an veränderte Versorgungsstrukturen ■ Auflösung ARGE; Neugestaltung der kommunalen Aufgabenerledigung i.R.d. SGB II sowie Zusammenarbeit mit der BA ■ Förderung von Menschen mit Behinderung und von Behinderung bedrohter Menschen
Integration	4. Integration der Einwohnerinnen und Einwohner mit Zuwanderungsgeschichte
Gesundheit	5. Schutz und Förderung der Gesundheit der Kreiseinwohnerinnen und Kreiseinwohner ■ Sicherung der Kinder- und Jugendgesundheit in anregungsarmen und bildungsfernen Elternhäusern ■ Förderung der Gesundheit besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen ■ Schutz der Bevölkerung vor Gesundheitsgefahren ■ Förderung des Sports
Bürgerservice	6. Gewährleistung einer bürgerorientierten und möglichst ortsnahe Dienstleistung ■ Bürgernahe Leistungserbringung ■ Interkommunale Zusammenarbeit ■ Stärkung der Qualität des Verbraucherschutzes zum Wohle des Bürgers ■ Einführung von E-Government ■ Verstärkte Nutzung von Geodaten und Weiterentwicklung der kreisweiten Geodateninfrastruktur
Sicherheit und Ordnung	7. Intensivierung des Bevölkerungsschutzes auch im Krisenfall
Mobilität	8. Sicherung der Mobilität für die Bürgerinnen und Bürger ■ Bedarfsgerechte, nachhaltige, verkehrssichere und wirtschaftliche Bereitstellung von Verkehrsinfrastruktur für Gütertransport und Personenverkehr ■ Weiterentwicklung der SPNV-Erschließung des Kreisgebietes ■ Erhaltung und Sicherung einer bedarfsorientierten Raumererschließung des Kreisgebietes mit ÖPNV

Vorschlag zur Formulierung einer Präambel
und zur Strukturierung der Strategischen Ziele

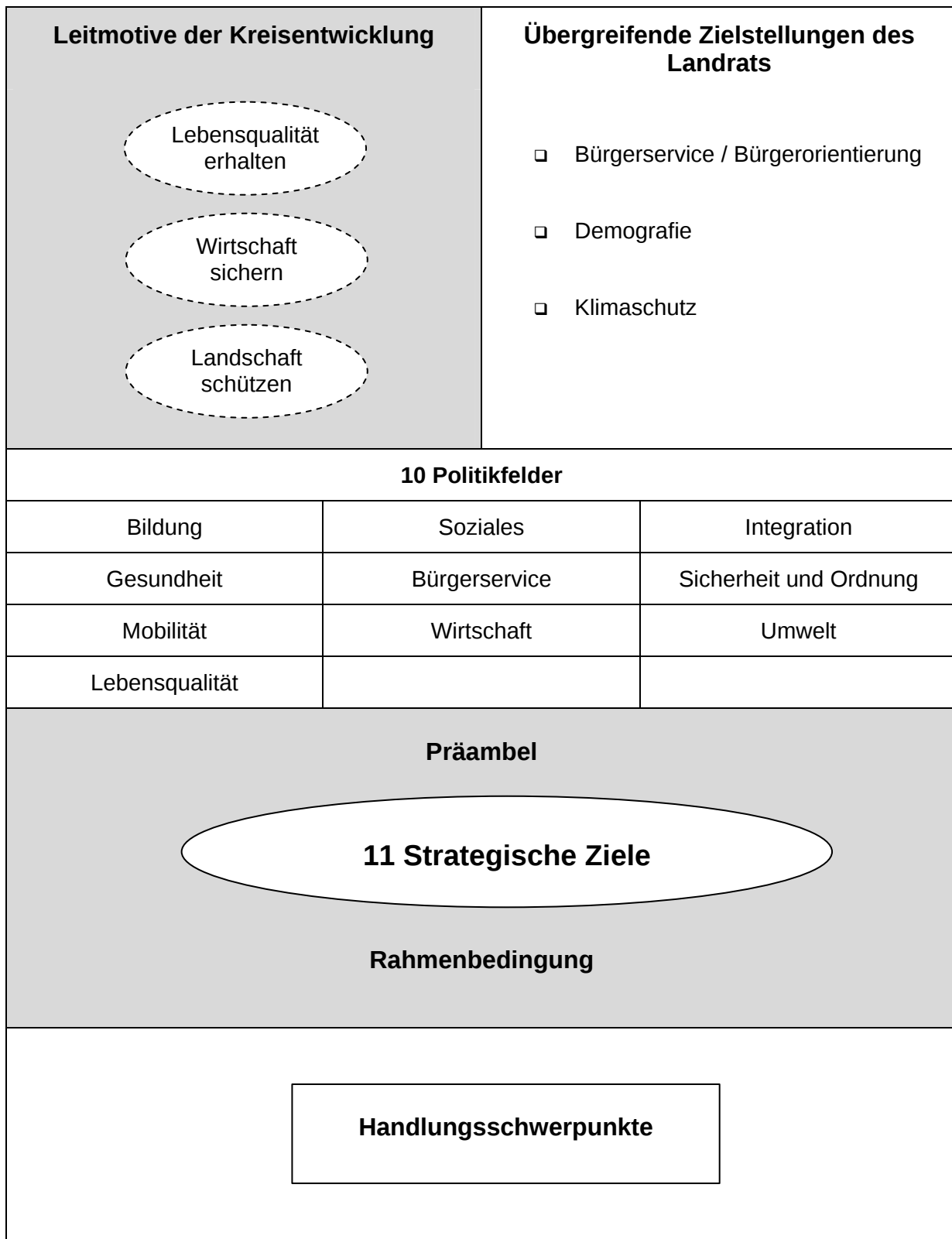
Wirtschaft	9. Sicherung des konkurrenzfähigen und attraktiven Wirtschaftsstandortes ■ Stärkung der regionalen Anbindung von Unternehmen ■ Positionierung des Wirtschaftsstandortes Kreis Mettmann ■ Optimierung der Konzepte für eine Unterstützung von Schülerinnen und Schülern beim Übergang in das Berufsleben
Umwelt	10. Nachhaltiger Umgang mit den natürlichen Ressourcen, ■ Begrenzung des Flächenverbrauchs und Erhalt einer strukturierten Kulturlandschaft innerhalb eines durchgehenden Biotopverbundsystems ■ Verbesserung der Grundwasserbeschaffenheit zur langfristigen Sicherung der Trinkwasserversorgung und zur Erleichterung der allgemeinen Nutzbarkeit von Grundwasser ■ Sanierung von Altlasten zur Verbesserung der Bodenqualitäten, Reduzierung von Freiraumverbrauch und zur Bereitstellung neuer Gewerbeflächen (Flächenrecycling) ■ Schutz der Bevölkerung vor vermeidbarem Lärm und Gerüchen - Immissionsschutz ■ Erreichen eines guten ökologischen und chemischen Zustandes der Gewässer des Kreises ■ Verstärkung des Klimaschutzes ■ Gewährleistung der Entsorgungssicherheit auf einem hohen ökologischen Stand zu vertretbaren Kosten
Lebensqualität	11. Förderung von Naherholung, Tourismus, und überregionalen Kulturangeboten ■ Förderung des Sportbewusstseins im Kreis ■ Bedarfsgerechte, nachhaltige, sichere und wirtschaftliche Bereitstellung von attraktiven Naherholungseinrichtungen ■ Förderung des Kreisbewusstseins durch Kulturarbeit ■ Entwicklung Leitbild Neanderthal
Rahmenbedingungen:	Das vorgenannte strategische Zielprogramm bedingt eine nachhaltige Personalgewinnung und -entwicklung sowie die bedarfsgerechte, nachhaltige, verkehrssichere und wirtschaftliche Bereitstellung und Bewirtschaftung von Gebäuden und Grundstücken.

Aufstellung eines strategischen Zielprogramms

01-11
Büro des Landrates
Zentrales Controlling

10-11
Haupt- und Personalamt
Zentrale Dienste

I. Überblick und Statistik



II. Zusammenfassung des Ergebnisses

Präambel:

Die strategischen Ziele des Kreises Mettmann orientieren sich an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger.

Das strategische Zielprogramm wird dabei durch die **finanzielle** und **demografische** Entwicklung im Kreisgebiet Mettmann flankiert. Die nachhaltige Finanzierung der gesetzlich vorgeschriebenen und der selbstverwalteten Aufgabenwahrnehmung über ausgeglichene Haushalte und die ressortübergreifende Gestaltung des demografischen Wandels definieren den Handlungsrahmen für die Aktivitäten der Kreisverwaltung Mettmann.

Strategische Ziele:

1. Nachhaltige und attraktive Bildungsangebote
2. Unterstützung von jungen Menschen beim Übergang von der Schule in den Beruf
3. Nachhaltige soziale Absicherung und Förderung unterstützungsbedürftiger Personenkreise
4. Integration der Einwohnerinnen und Einwohner mit Zuwanderungsgeschichte
5. Schutz und Förderung der Gesundheit der Kreiseinwohnerinnen und Kreiseinwohner
6. Gewährleistung einer bürgerorientierten und möglichst ortsnahe Dienstleistung
7. Intensivierung des Bevölkerungsschutzes auch im Krisenfall
8. Sicherung der Mobilität für die Bürgerinnen und Bürger
9. Sicherung des konkurrenzfähigen und attraktiven Wirtschaftsstandortes
10. Nachhaltiger Umgang mit den natürlichen Ressourcen
11. Förderung von Naherholung, Tourismus und überregionalen Kulturangeboten

Rahmenbedingung:

Das vorgenannte strategische Zielprogramm bedingt eine nachhaltige Personalgewinnung und -entwicklung sowie die bedarfsgerechte, nachhaltige, verkehrssichere und wirtschaftliche Bereitstellung und Bewirtschaftung von Gebäuden und Grundstücken.

Politikfeld	Strategisches Ziel	Aktuelle und zukünftige Handlungsschwerpunkte	Hintergründe und Herausforderungen	Korrelation ↔
Bildung	1. Nachhaltige und attraktive Bildungsangebote	1.1) Optimierung der Qualität der Berufskollegs des Kreises Mettmann - Sicherung der Berufskollegs des Kreises Mettmann durch eine bedarfsorientierte Zukunftsplanung (Schulentwicklungsplanung) - Gründung einer Berufsakademie an einem Berufskolleg (Prüfauftrag) - Förderung des naturwissenschaftlichen Nachwuchses - Bedarfsgerechte, wirtschaftliche und nachhaltige Einrichtung und Raumausstattung der Berufskollegs des Kreises - Förderung der Ganztagsberufsschule u. a. durch die Errichtung von Mensen - Bedarfsgerechte Bereitstellung des an Berufskollegs erforderlichen nichtpädagogischen Personals (z. B. Schulsekretär/-in, Sozialarbeiter/-innen, Hausmeister) - Informationstechnische Weiterentwicklung (Optimierung Infrastruktur, Entwicklung eines nachhaltigen Betreuungskonzeptes, Zentralisierung der Schulinfrastruktur, Webauftritt u. Bildung eines Schulportals)	- Steigerung der Attraktivität der Berufskollegs im Kreis Mettmann - Bedienung einer steigenden Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt infolge einer schrumpfenden Erwerbsbevölkerung - Reaktion auf Fachkräftemangel, insbesondere im naturwissenschaftlich-technischen Bereich - Wegfall der Schulbezirksgrenzen - wirtschaftsnahe (Berufs-) Ausbildung - Vermittlung von regional benötigten / nachgefragten fachlichen Qualifikationen - Erwerb von Schlüsselqualifikationen - Steigerung der Attraktivität des Dualen Systems und hierdurch Gewinnung bzw. Rückgewinnung von ausbildungsfähigen/ -willigen Betrieben	
		1.2) Optimierung des Förderschulwesens - Erstellung einer kreisweiten Schulentwicklungsplanung für die Förderschulen (Netzplanung) - Auswertung und Umsetzung der Ergebnisse der Netzplanung Förderschulen - Ausbau von Förderschulen zu Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung - Wohnortnahe Beschulung auch behinderter Schüler/-innen	- wachsender Bedarf in bestimmten Förderschwerpunkten - Verstärkung/ Ausbau der individuellen Förderung durch Integration/Inklusion - UN- Konventionen über die Rechte behinderter Menschen - Pilotprojekt Kompetenzzentren des Landes NRW - „Kein Kind ohne Mahlzeit“ - Erweiterung vorhandener Angebote - Verstetigung von Betreuungsangeboten	

Politikfeld	Strategisches Ziel	Aktuelle und zukünftige Handlungsschwerpunkte	Hintergründe und Herausforderungen	Korrelation ↔
Bildung		- Entwicklung eines Schülerprognosesystems für die Förderschwerpunkte - Entscheidung über die Trägerschaft der Förderschulen im Kreis - Bedarfsgerechte, wirtschaftliche und nachhaltige Einrichtung und Ausstattung der Förderschulen des Kreises - Bedarfsgerechte Organisation des Schülerspezialverkehrs - Ausweitung der Angebote im Rahmen des Offenen Ganztags (Qualität und Quantität) - Bereitstellung des an Förderschulen benötigten nichtpädagogischen Personals (z. B. Sozialarbeiter/innen, Krankenpfleger/innen, Sekretär/-innen, Hausmeister, Küchenhilfen)		
		1.3) Qualifikation von Schulleitungen und Lehrkräften - Ausbau des Fortbildungsangebots für Lehrerinnen und Lehrer durch Unterstützung des Kompetenzteams für Lehrerfortbildung	- Steigerung der Qualität und Attraktivität der Schulen im Kreis Mettmann - Vorbereitung/ Unterstützung der Schulen auf dem Weg zur a) Inklusion b) selbstständigen Schule	
Bildung	2. Unterstützung von jungen Menschen beim Übergang von der Schule in den Beruf	2.1) Förderung junger Menschen mit geringen Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt - Lotsen- und Netzwerkarbeit der Kompetenzagentur KOMET - Qualifizierungsprojekte für benachteiligte Jugendliche an Berufskollegs - Beteiligung an Projekten für benachteiligte Jugendliche u. a. an Förderschulen (z.B. ILJA) - Entwicklung von Perspektiven für Jugendliche mit geringen Chancen auf dem Arbeitsmarkt - Einbeziehung von Experten	- Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit - Verbesserung der Ausbildungs- bzw. Beschäftigungsreife - Mangelndes Arbeitsplatzangebot für Geringqualifizierte - Stärkere Einbindung von Jugendlichen aus bildungsfernen Elternhäusern - Unterstützung Jugendlicher bei der Qualifikation im Hinblick auf die Ausbildungsreife	

Politikfeld	Strategisches Ziel	Aktuelle und zukünftige Handlungsschwerpunkte	Hintergründe und Herausforderungen	Korrelation ↔
Bildung		2.2) Aufbau eines Übergangsmanagements Schule-Beruf - Bestandsaufnahme und Evaluation bestehender Angebote - Entwicklung von Kooperationen (Schulen, Bildungsträger u.ä.) - Einbindung externer Bildungswerkstätten - Einführung einer Software zur Schulpflichtüberwachung (SchülerOnline) - Angebot flächendeckender Kompetenzchecks - Aufbau einer Koordinierungsstelle „Regionales Übergangsmanagement“	- Bologna-Prozess sieht zweistufiges Abschluss- (Bachelor und Master) und Kreditpunktesystem vor - Stärkung von individueller Förderung, auch für Hochbegabte - Sicherstellung gleichartiger Qualitätsstandards beim Einsatz von Kompetenzchecks - Erweiterung vorhandener Angebote im Übergangsmanagement - Vermeidung von Mehrfachstrukturen - Weiterentwicklung der internen Kooperation zwischen 01-5, 40 und 50	Politikfeld Wirtschaft: Ziel Nr. 9
		2.3) Bildungspartnerschaften (Regionales Bildungsnetzwerk) - Unterstützung der Vernetzung von Bildungspartnern - Gemeinsames Erarbeiten und Umsetzen von Problemlösungsstrategien zu bestimmten Themen (z.B. Schulpflichtverletzungen, Sprachstandsfeststellungsverfahren)	- Verbesserung der Bildungsstandards - Steigerung der Attraktivität des (Aus-) Bildungsstandortes Kreis Mettmann	
Soziales	3. Nachhaltige soziale Absicherung und Förderung unterstützungsbedürftiger Personengruppen	3.1) Bedarfsgerechte Unterstützung und Versorgung von älteren Menschen mit Hilfe- und/oder Pflegebedarf sowie Anpassung an veränderte Versorgungsstrukturen - Gestaltung und Sicherung einer alters- und bedarfsgerechten Versorgungsinfrastruktur - Verstetigung der im Rahmen des Projektes ALTERnativen 60plus erarbeiteten Maßnahmen	- Berücksichtigung der steigenden Lebenserwartung und des Anstiegs der Bevölkerungszahlen in den höheren Altersgruppen - zunehmendes Interesse an einem konfliktfreien Zusammenleben der Generationen (z.B. Trend zu Mehrgenerationenhäusern und Gemeinsame-Interessen-Wohnanlagen) - wachsende gesellschafts- und sozialpolitische Bedeutung des Themas Demenz	

Politikfeld	Strategisches Ziel	Aktuelle und zukünftige Handlungsschwerpunkte	Hintergründe und Herausforderungen	Korrelation ↔
Soziales		- Steuerung der Kosten der sozialen Sicherung im Rahmen von Pflegebedürftigkeit (Stabilisierung / Reduzierung) - Kooperation z.B. mit Fachseminar für Altenpflege	- Vorrang der ambulanten Versorgung und Betreuung zu Hause - Mangel an qualifiziertem Pflegepersonal - steigende Kosten für die Pflege	
		3.2) Auflösung ARGE; Neugestaltung der kommunalen Aufgabenerledigung i.R.d. SGB II sowie Zusammenarbeit mit der BA - Kundenorientierte, effektive Aufgabenerledigung unter Berücksichtigung regionaler Schwerpunkte - wirtschaftliche Aufgabenerfüllung im Sozialbereich - Feststellung von Gestaltungsspielräumen für die Berücksichtigung kommunaler Interessen	- genaue Form der Umsetzung der Neuorganisation ist noch nicht bekannt	
		3.3) Förderung von Menschen mit Behinderung und von Behinderung bedrohter Menschen - Aufbau eines Prognosesystems zur künftigen Sicherung einer bedarfsgerechten Versorgung behinderter Menschen - Strategische Ausrichtung der Kindertagesstätten des Kreises Mettmann - Weiterentwicklung des Förderzentrums Velbert als Verbundpartner im Familienzentrum - Weiterentwicklung des Betreuten Wohnens im Wohnverbund Ratingen - Einführung eines Qualitätsmanagements im Wohnverbund Ratingen - Durchführung einer Ferienfreizeit für Kinder mit Behinderung in der Virneburgschule - Entwicklung barrierefreier Onlinedienstleistungsangebote	- Behindertenförderung im Lichte der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung - Verbesserung der Lebensbedingungen und -qualität für Menschen mit Behinderung - Veränderung der Förderbedarfe durch die demografische Entwicklung; steigende Lebenserwartung und Pflegebedürftigkeit - Einbindung bzw. Beratung und Unterstützung von Eltern, Angehörigen und Institutionen - Umwandlung der Heilpädagogischen Kindertagesstätte Langenfeld in eine integrative Einrichtung - konzeptionelle Planung / Bau einer integrativen Kindertagesstätte in Heiligenhaus	

Politikfeld	Strategisches Ziel	Aktuelle und zukünftige Handlungsschwerpunkte	Hintergründe und Herausforderungen	Korrelation ↔
Soziales		- Weiterentwicklung der Diagnostik und der präventiven Arbeit der sprachtherapeutischen Beratungsstellen	- räumliche Erweiterung des Förderzentrums Velbert mit dem Ziel der Betreuung von Kindern unter drei Jahren ab 2011 - zunehmende Sprachlosigkeit bei Kindern	
Integration	4. Integration der Einwohnerinnen und Einwohner mit Zuwanderungsgeschichte	Chancengleichheit für Einwohnerinnen und Einwohner mit Zuwanderungsgeschichte - Projektgebundene Förderung der Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte - Unterstützung der Integrationspolitik von Bund und Land sowie der ka Städte bei der Fortentwicklung bestehender Angebote	- stärkere Mobilisierung des vorhandenen Arbeitskräftepotentials vor dem Hintergrund einer schrumpfenden Erwerbsbevölkerung und steigenden Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt - Mangel an (hoch-) qualifizierten Arbeitskräften - bessere Integration der bereits hier lebenden Menschen mit Zuwanderungsgeschichte (z.B. Vermittlung von Sprachkenntnissen) - 10,7 %-Anteil (= 53.384 Einwohner) der ausländischen Bevölkerung im Kreis (Land NRW: 10,52%, Bund: 8,76%; Stand: jeweils 31.12.2008) - 25 % der Gesamtbevölkerung (Stand: Mikrozensus 2005), d.h. 125.000 Personen, verfügen über eine Zuwanderungsgeschichte - Umsetzung des Rahmenkonzepts der Kreisverwaltung Mettmann zur Ergänzung der Integrationsarbeit der ka Städte unter dem Leitziel: „Gemeinsam Mehr Erreichen.“	
Gesundheit	5. Schutz und Förderung der Gesundheit der Kreiseinwohnerinnen und Kreiseinwohner	5.1) Sicherung der Kinder- und Jugendgesundheit in anregungsarmen und bildungsfernen Elternhäusern - Ausbau der Gesundheitsberichtserstattung zu gesundheitsfördernden Aktivitäten	- Soziale Benachteiligung führt zu gesundheitlicher Beeinträchtigung bereits im Kindesalter (Ergebnis der KIGGS-Studie) - die Grundlagen für ein gesundheitsförderliches Leben werden im Kindesalter erlernt	

Politikfeld	Strategisches Ziel	Aktuelle und zukünftige Handlungsschwerpunkte	Hintergründe und Herausforderungen	Korrelation ↔
Gesundheit		- Weiterentwicklung und Durchführung von gesundheitsfördernden Projekten, z.B. „Gesundheitsfördernder LOTT JONN-Kindergarten“ - Ausweitung der Vernetzung von gesundheitlich-präventiven Angeboten im psychosozialen Umfeld	- Anstieg von Kindern mit Verhaltensauffälligkeiten und Sprachproblemen - Zunahme schwerer und chronischer Erkrankungen durch Übergewicht und Bewegungsmangel etc. - Sicherung des Kindeswohles durch abgestimmtes Hilfesystem - Abmilderung sozialökonomischer Gesundheitsgefahren - Gesundheitserhaltung wird immer teurer	
		5.2) Förderung der Gesundheit besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen - Intensivierung der Hilfeplanung durch verstärkte Vernetzung mit anderen Dienstleistern wie z.B. ARGE und Sozialamt zur Verminderung sozialer Verwerfungen - Kontinuierliche Weiterentwicklung und Evaluation des Kontraktmanagements in der psychosozialen Versorgung	- Erhaltung der Lebensqualität durch eigene Unterhaltssicherung - Vermeidung der Verwahrlosung und/oder Ausgrenzung von Menschen mit chronischen Erkrankungen - Reduzierung von Löchern im Sozialen Netz	
		5.3) Schutz der Bevölkerung vor Gesundheitsgefahren - Verhütung und Bekämpfung von Infektionen durch die Intensivierung von Beratung, qualitätssichernden Maßnahmen und Impfinterventionen - Intensivierung der Mitwirkung an der Gestaltung von gesundheitsfördernden Lebensverhältnissen - Konzeptionelle Planung vorbeugender Maßnahmen zur Vermeidung von Gesundheitsgefahren, z.B. Pandemieplanung, Einrichtung von Impfstellen	- Nachhaltigkeit: Schutz der Gesundheit der Menschen durch Einflüsse der Zivilisation, wie Lärm, Strahlung, Umweltgifte - Berücksichtigung von Gesundheitsrisiken bei Planungsvorhaben - wachsende Bedrohung durch schnell übertragbare Infektionskrankheiten, Pandemien und Epidemien - Aufklärung der Bevölkerung über Vorsorgemaßnahmen - Reduktion sozialökonomischer Gesundheitsgefahren	

Politikfeld	Strategisches Ziel	Aktuelle und zukünftige Handlungsschwerpunkte	Hintergründe und Herausforderungen	Korrelation ↔
Gesundheit		5.4) Förderung des Sportbewusstseins im Kreis - Ausrichtung von kreisweiten Sportveranstaltungen - Konzeptionelle Entwicklung und Umsetzung von sportorientierten Integrationsprojekten - Schulsportförderung - Ausrichtung einer Sportlerehrung - Unterregionalisierte Lehrerfortbildung Sport	- Sicherung einer zeitgemäßen, bedarfsgerechten Sportförderung unter Berücksichtigung gesundheitsorientierter, integrativer und sozialer Aspekte - Erhöhung des Anteils weiblicher Übungsleiterinnen mit Zuwanderungsgeschichte in Sportvereinen	Eine Zuordnung erfolgt ebenfalls beim strategischen Ziel Nr. 11 (Lebensqualität).
Bürger-service	6. Gewährleistung einer bürgerorientierten und möglichst ortsnahen Dienstleistung	6.1) Bürgernahe Leistungserbringung - Ausbau einer einheitlichen Ausländer- und Einbürgerungsbehörde für den Kreis Mettmann - Unterstützung der Wirtschaft durch kreiseinheitliche, europaweit zugängliche Dienstleistungsangebote (EU-DLR) - Online-Dienstleistungsangebote für Bürgerinnen und Bürger durch die Unterstützung digitaler Signaturen und die Einrichtung einer „Virtuellen Poststelle“, sowie die Entwicklung wirtschaftlicher E-Government-Angebote - Bürgernaher Auskunftservice durch Teilnahme an „D 115“	- Verbesserung der Dienstleistungs- und Servicequalität (orts-, bürger- und wirtschaftsnah)	
		6.2) Interkommunale Zusammenarbeit - Errichtung von Kreis-Service-Centern in den Städten Ratingen und Velbert für bestimmte Dienstleistungen des Kreises als Erprobungsfeld weiterer, bürgerorientierter Kooperationen im Kreisgebiet - Weiterentwicklung dieses Projektes und ggf. Ausbau auf andere kreisangehörige Städte	- Verfestigung der interkommunalen Zusammenarbeit auf Kreisebene - Bündelung von personellen und sachlichen Ressourcen - Nutzung von Synergieeffekten im Ausländer- und Staatsangehörigkeitswesen (Einheitliche Rechtsanwendung, Organisationsstraffung, Kostenersparnis)	

Politikfeld	Strategisches Ziel	Aktuelle und zukünftige Handlungsschwerpunkte	Hintergründe und Herausforderungen	Korrelation ↔
Bürger-service		- Zusammenarbeit mit den 10 Städten zur EU-DLR - Gemeinsame Bildung von virtuellen und physischen Service-Centern - Kreisweite und kreisübergreifende Kooperation in Fragen der Informationstechnik		
		6.3) Stärkung der Qualität des Verbraucherschutzes zum Wohle des Bürgers - Verfestigung der Kooperation im Bereich der Chemischen und Lebensmitteluntersuchungen und Behauptung dieser Position auch unter dem Gesichtspunkt einer durch Landesaktivitäten eingetretenen Veränderung von Handlungsgrundlagen - Intensivierung der Lebensmittelkontroll-dichte durch Personalaufstockung - Steigerung der Serviceleistungen als Ansprechpartner der Wirtschaft und des Bürgers	- Senkung der Beanstandungszahlen bei lebensmittelrechtlichen Verstößen, insbesondere bei gesundheitlichen Gefahren - Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben zur Sicherung der Qualität, Standards und Sicherheit von Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen etc. - Objektivierung der Verunsicherung von Verbrauchern aufgrund von Lebensmittelskandalen	
		6.4) Einführung von E-Government - Prozessorientiertes Verwaltungshandeln - Festlegung von Aktions- und Reaktionsstandards der Kreisverwaltung	- Umsetzung der EU-DLR	E-Government könnte als Funktion vielen anderen Zielen zugeordnet werden
		6.5) Verstärkte Nutzung von Geodaten und Weiterentwicklung der kreisweiten Geodateninfrastruktur - Aufbau eines interkommunalen Geoportals im Kreis Mettmann - Weiterentwicklung der Anwendung geographischer Informationssysteme - Aufbereitung und Integration vorhandener Geodaten in alle dafür geeigneten Geschäftsprozesse der Kreisverwaltung - Mobilisierung und Vermarktung kommunaler Geodaten	- strategischer Wert der Geodaten für Verwaltung und Politik zur Verbesserung raum- und ortsbezogener Planungen und Entscheidungen; Erfüllung politischer Auflagen und Zielsetzungen - Geodatenmanagement für die interne Organisation (z.B. Vereinigung und Vereinheitlichung von Datenbeständen und DV-Verfahren, Optimierung der Geschäftsprozesse, Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze etc.)	

Politikfeld	Strategisches Ziel	Aktuelle und zukünftige Handlungsschwerpunkte	Hintergründe und Herausforderungen	Korrelation ↔
Bürger-service			- Erschließung neuer Geschäftsfelder (Geodatenvermarktung für die Wirtschaft etc. nach außen; vorhandene Geodatenbestände für die Wirtschaft öffnen) - Einbindung in die Entwicklung übergeordneter Geoportale	
Sicherheit und Ordnung	7. Intensivierung des Bevölkerungsschutzes auch im Krisenfall	- Aufbau und Weiterentwicklung von Strukturen zur Abwehr und Bewältigung von Großschadensereignissen im Kreis Mettmann - Einrichtung und Bereithaltung eines Krisenstabes zur Unterstützung der örtlichen Einsatzleitung bei Katastrophen - Verbesserung der Stabsarbeit durch Weiterentwicklung der technischen Infrastruktur - Koordinierung der landesweiten Einführung des Digitalfunks für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben auf Kreisebene - Ausrichtung der Kreisleitstelle auf die zukünftigen Anforderungen eines Betriebes mit Digitalfunk für zehn kreisangehörige Städte - Intensivierung der Pandemieplanung für einen vorbeugenden Schutz der Bevölkerung vor Gesundheitsgefahren	- Schutz bedeutender Rechtsgüter (Leben, Gesundheit, Eigentum) - hoher Stellenwert des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung - wachsende Bedrohung durch Terrorgefahr, Großschadensereignisse, Naturkatastrophen, Pandemien, Epidemien etc. - Umrüstung der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (Feuerwehren, Rettungsdienste, Katastrophenschutzverwaltungen) im Hinblick auf die Einführung eines bundesweit einheitlichen digitalen Sprech- und Datenfunknetzes	
Mobilität	8. Sicherung der Mobilität für die Bürgerinnen und Bürger	8.1) Bedarfsgerechte, nachhaltige, verkehrssichere und wirtschaftliche Bereitstellung von Verkehrsinfrastruktur - Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur durch Neubauprojekte (z.B. Bau der K 20n in Haan-Gruiten, Planungen Osttangente / Innenstadtentlastung in Mettmann) - Instandhaltung und Verkehrssicherung der Straßen- und Radwege	- Attraktivität des Wohn- und Wirtschaftsstandortes Kreis Mettmann - Lenkung von Verkehrs- bzw. Pendlerströmen (Arbeitsplatz, Wohnung) zur Vermeidung von Staus und Unfallgefahren	Das Politikfeld Verkehr lässt sich auch als Funktion anderer strategischer Ziele darstellen (insb. Wirtschaft, Bildung, Lebensqualität).

Politikfeld	Strategisches Ziel	Aktuelle und zukünftige Handlungsschwerpunkte	Hintergründe und Herausforderungen	Korrelation ↔
Mobilität		8.2) Weiterentwicklung der SPNV-Erschließung des Kreisgebietes - Reaktivierung der Ratingen Weststrecke (Duisburg, Ratingen, Düsseldorf) - Verlängerung der RegioBahn (S28) von Mettmann nach Wuppertal - Unterstützung der Initiative zur Erweiterung der RegioBahn von Kaarst nach Venlo - Reaktivierung der Niederbergbahn (Circle Line)		
		8.3) Erhaltung und Sicherung einer bedarfsorientierten Raumerschließung des Kreisgebietes mit ÖPNV - Überprüfung/ Optimierung der Funktionen des ÖPNV-Netzes im Rahmen der Festlegung des Nachverkehrsplanes - Effiziente Einbindung der Vorteile aus der Kreisverkehrsgesellschaft Mettmann mbH	- Zielorientierte Vertretung der Kreisinteressen im Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr zur Realisierung der SPNV – Planungen - Schrittweiser Ausbau einer flächendeckenden Erschließung durch den SPNV mit einem wirtschaftlich tragfähigen Verkehrsangebot - Verbesserung der Umwelt- und Lebensbedingungen durch eine nachhaltige Nahverkehrsplanung - Erhalt des gegenwärtigen Nahverkehrsangebotes im Hinblick auf sich verändernde gesellschaftlich, wirtschaftliche, politische, rechtliche und verkehrliche Rahmenbedingungen - Bereitstellung einer ausgewogenen SPNV / ÖPNV – Struktur im Rahmen der Finanzierbarkeit und Begrenzung der Sonderumlagenbelastung für die kreisangehörigen Städte - Attraktivität des Standortes Kreis Mettmann - Sicherung der Mobilität für alle Einwohner	

Politikfeld	Strategisches Ziel	Aktuelle und zukünftige Handlungsschwerpunkte	Hintergründe und Herausforderungen	Korrelation ↔
Wirtschaft	9. Sicherung des konkurrenzfähigen und attraktiven Wirtschaftsstandortes	9.1) Stärkung der regionalen Anbindung von Unternehmen - Ausbau der Bindungen der Wirtschaftsunternehmen an den Standort Kreis Mettmann (z.B. durch Initiierung / Moderation von Netzwerken, aktive Unterstützung der örtlichen Wirtschaftsförderungen bei der Entwicklung von Clusterstrategien / beim Aufbau von Clustern) - Ausbau des Dienstleistungsangebots für Gründerinnen und Unternehmen / Branchen	- Attraktivität des Wohn- und Wirtschaftsstandortes Kreis Mettmann - regionale Stärken / Spezialisierungsgrade - Entwicklung von Leit- und Wachstumsbranchen bzw. Alleinstellungsmerkmalen für bestimmte Kompetenzfelder und Branchen - Förderung von Clusterpolitik durch das NRW-EU-Ziel-2-Programm 2007 - 2013 - Sicherung des Arbeits- und Ausbildungsplatzangebotes - Förderung der heimischen Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes bzw. Handwerks	
		9.2) Positionierung des Wirtschaftsstandortes Kreis Mettmann - Weiterentwicklung des Regionalmarketing - aktive Werbung für den Wirtschaftsstandort Kreis Mettmann - Einführung des Vergabemarktplatzes NRW - Bildung und Verbreitung des Vergabemarktplatzes Rheinland im Rahmen eines vom Land NW geförderten Modellprojektes - Förderung des Hochschulstandortes Veltbert/ Heiligenhaus	- Standortwettbewerb, Wettbewerb der Regionen - Attraktivität des Wirtschafts- und Investitionsstandortes Kreis Mettmann - Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum - positive Auswirkungen auf die Gewerbesteureinnahmen der kreisfreien Städte	
		9.3) Optimierung der Konzepte für eine Unterstützung von Schülerinnen und Schülern beim Übergang in das Berufsleben - Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit im Kreis durch Projekte wie das Kooperationsnetz Schule/Wirtschaft	- Unterstützung der Ausbildungsoffensive - Verbesserung der Ausbildungsreife - Vermittlung wirtschaftsnaher, fachlicher Qualifikationen und Erwerb von Schlüsselkompetenzen	Politikfeld Bildung: Ziel Nr. 2

Politikfeld	Strategisches Ziel	Aktuelle und zukünftige Handlungsschwerpunkte	Hintergründe und Herausforderungen	Korrelation ↔
Wirtschaft		- Förderung der Zusammenarbeit der wissenschaftlichen Hochschulen und Institute mit den Unternehmen im Kreis Mettmann	- Etablierung der Unternehmen als gesellschaftliche Partner, Beteiligung an der schulischen Bildung ihrer (eventuell) späteren Auszubildenden, Öffentlichkeitsarbeit	
Umwelt	10. Nachhaltiger Umgang mit den natürlichen Ressourcen	10.1) Begrenzung des Flächenverbrauchs und Erhalt einer strukturierten Kulturlandschaft innerhalb eines durchgehenden Biotopverbundsystems - Teilnahme an der Landeskampagne „Allianz für die Fläche“ vom Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes NRW - Einführung eines Monitoringsystems zum Flächenverbrauch im Kreis - Prüfung von Strategien zur Begrenzung des Flächenverbrauchs mit den Kommunen (BBR-Projekte, Pilotkommunen NRW) - Steigerung der Qualität der Umweltmedien Wasser, Boden, Luft - Ausbau des Biotopverbundsystems - Umsetzung von Erhaltungsmaßnahmen für besonders geschützte Arten und Natura-2000-Gebiete - Förderung der naturverträglichen Freizeit- und Erholungsnutzung	- Verknappung und Verteuerung der Ressourcen - Berücksichtigung des prognostizierten Bevölkerungsrückgangs und des Trends zum Wohnen in zentraler Lage - Vermeidung bzw. Reduktion zunehmender Flächenversiegelung durch Siedlung und Verkehr - Erhalt freier Flächen und Böden als natürliche Lebensgrundlagen, als Raum für Natur, Landwirtschaft und als Chance für Gestaltungsideen in der Zukunft - Schutz der Artenvielfalt - Vermeidung bzw. Reduktion ökologischer und ökonomischer Probleme	
		10.2) Verbesserung der Grundwasserbeschaffenheit zur langfristigen Sicherung der Trinkwasserversorgung und zur Erleichterung der allgemeinen Nutzbarkeit von Grundwasser - Aufbau Grundwasserinformationssystem zur flächenhaften Erfassung und kontinuierlichen Überwachung der Grundwasserbeschaffenheit sowie zum frühzeitigen Erkennen von Grundwasserschäden	- punktuelle und flächenhafte Belastungen der natürlichen Ressource und Lebensgrundlage „Grundwasser“ - Grundwasserschäden frühzeitig erkennen - langfristige Sicherung der Trinkwasserversorgung gewährleisten - Planungssicherheit für Bauherren und Investoren bei Tiefbauprojekten	

Politikfeld	Strategisches Ziel	Aktuelle und zukünftige Handlungsschwerpunkte	Hintergründe und Herausforderungen	Korrelation ↔
Umwelt		- Erfassung und Sanierung von Grundwasserschäden - vorbeugender Gewässerschutz zur Vermeidung neuer Grundwasserschädigungen	- Grundwasserentnahmen / Bauwasserhaltungen ohne kostenintensive Reinigungsmaßnahmen ermöglichen und Nutzbarkeit des Grundwassers allgemein verbessern	
		10.3) Sanierung von Altlasten zur Verbesserung der Bodenqualitäten, Reduzierung von Freiraumverbrauch und zur Bereitstellung neuer Gewerbeflächen (Flächenrecycling) - Beseitigung akuter Schäden und Belastungen zur Vermeidung von Gefahren für die Umwelt, insbesondere für die menschliche Gesundheit - vorrangige Sanierung innerstädtischer und städtebaulich bedeutsamer Altlastflächen - vorsorglicher Bodenschutz zur Verhinderung von Schadstoffeinträgen aus Industrie / Gewerbe, Landwirtschaft u.a.	- besonders schützenswerte Böden und Landschaften vor Inanspruchnahme bzw. Zerstörung bewahren - Bereitstellung von Flächen zur Ansiedlung neuer gewerblicher Betriebe in den Städten (Wirtschaftsförderung) - Unterstützung städtebaulicher Planungen durch Reaktivierung von Branchen für attraktive Folgenutzungen	
		10.4) Schutz der Bevölkerung vor vermeidbarem Lärm und Gerüchen - Immissionsschutz - Einflussnahme und Mitgestaltung bei der Bauleitplanung - Einflussnahme bei der Realisierung von Einzelbauvorhaben durch frühzeitige Beratung der Bauherren zur Verfahrensbeschleunigung insbesondere für Klein- und Mittelbetriebe - Kooperation mit Wirtschaftsförderung und Bauämtern zur Verankerung des Immissionsschutzes bei der Planung und Realisierung von Vorhaben	- Lärmbelastung durch Anlagen und Betriebe, Konflikte durch Zusammenrücken von Wohnen und Gewerbe/Industrie, längere Betriebszeiten, Anlieferverkehr - Unterschiedliche Erwartungen, Unkenntnis, schlechte Genehmigungsunterlagen etc. führen zu Dissonanzen, Zeitverlust, Doppelarbeit etc. - Ansiedlung eines Unternehmens oder die Realisierung eines Vorhaben ist ein komplexer Vorgang, bei dem bisweilen widerstreitende Interessen unter einen Hut zu bringen sind	

Politikfeld	Strategisches Ziel	Aktuelle und zukünftige Handlungsschwerpunkte	Hintergründe und Herausforderungen	Korrelation ↔
Umwelt		- Zeitnahe Bearbeitung von Bürgerbeschwerden durch Koordination und Zusammenarbeit von UIB, städtisches Ordnungsamt, Bauaufsichtsamt, BezReg etc. - Öffentlichkeitsarbeit zur Bewusstmachung der Thematik - Aufspüren von Immissionsschwerpunkten im Kreis und Minderung der Belastungen für die Bevölkerung	- Wirksame Beschwerdebearbeitung durch zuständige Stelle - Beschwerdeführer fühlen sich hingehalten, nicht ernst genommen, wenn sie von einer Stelle zur anderen weitergegeben werden	
		10.5) Erreichen eines guten ökologischen und chemischen Zustandes der Gewässer des Kreises - Verbesserung der Wasserqualität und des ökologischen Zustandes der Gewässer und ihrer Ufer - Nutzungskonflikte erkennen und Lösungen hierfür erarbeiten - Mitwirkung an der Festlegung von Maßnahmenprogrammen zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie, des Wasserhaushaltsgesetzes und des Landeswassergesetzes - Genehmigung von naturnahen Umbaumaßnahmen der Gewässer - Kooperationen mit den Wasserverbänden zur Erreichung dieser Ziele - Beseitigung von Gefahren für Mensch und Tier	- nur 10 % der Gewässer sind in einem guten ökologischen Zustand - Rückgewinnung einer natürlichen Wasserlandschaft - Gewässer sind Lebensadern für Menschen, Tiere und Pflanzen - Sicherstellung der Artenvielfalt - Land NRW strebt Federführung der UWB an	
		10.6) Verstärkung des Klimaschutzes - Entwicklung eines Klimaschutzkonzeptes mit umsetzungsfähigen Maßnahmen / Projektideen im eigenen Zuständigkeitsbereich und mit externen Akteuren	- veränderte klimatische Bedingungen und vor Ort spürbare Auswirkungen des drohenden Klimawandels - Schutz des Klimas und Anpassung an nicht vermeidbare Folgen des Klimawandels	

Politikfeld	Strategisches Ziel	Aktuelle und zukünftige Handlungsschwerpunkte	Hintergründe und Herausforderungen	Korrelation ↔
Umwelt		- Steigerung der Energieeffizienz in Industrie, verarbeitendem Gewerbe und im häuslichen Bereich durch Kampagnen mit IHK, HWK und weiteren Akteuren - Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch durch Kampagnen mit der Energieagentur.NRW, IHK, HWK und anderen Akteuren - Berücksichtigung der „Green-IT“-Gesichtspunkte bei der Informationstechnik, der Kältetechnik und der Stromversorgung des Kreises	- Reduktion hoher Energiekosten für Unternehmen, Haushalte und Verwaltungen durch effizientere Energienutzung - Senkung des Primärenergieverbrauchs - Möglichkeiten des Einsatzes erneuerbarer Energien	
		10.7) Gewährleistung der Entsorgungssicherheit auf einem hohen ökologischen Stand zu vertretbaren Kosten - Stabilisierung der Abfallmengen und Steigerung der Abfallverwertungsquote durch Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit - Optimierung des energetischen Nutzens durch Vergärung der Bioabfälle in der Kompostierungsanlage Ratingen-Lintorf in Verbindung mit der Kompostierungsgesellschaft – KDM – - Sicherung der Entsorgung nichtbrennbarer Abfälle durch Weiterbetrieb der Deponie Langenfeld-Immigrath und Entscheidung über die Zukunft der Abfallwirtschaftsgesellschaft des Kreises – AKM –	- Schutz des Klimas und der natürlichen Lebensgrundlagen - Reduzierung der Umweltbelastungen durch Abfälle über die gesamte Lebensdauer (Erzeugung, Recycling, Beseitigung) - Begrenzung der Abfallmenge - Förderung der Wiederverwendung, des Recycling und der Verwertung - Problematik des Umgangs mit gefährlichen und giftigen Abfällen und Rückständen aus der Verbrennung mit hoher Schadstoffkonzentration - Reduktion des Flächenverbrauchs für Deponien - Einsparung von Abfall und Energie	
Lebensqualität	11. Förderung von Naherholung, Tourismus und überregionalen Kulturangeboten	11.1) Förderung des Sportbewusstseins im Kreis - Ausrichtung von kreisweiten Sportveranstaltungen - Konzeptionelle Entwicklung und Umsetzung von sportorientierten Integrationsprojekten - Schulsportförderung	- Sicherung einer zeitgemäßen, bedarfsgerechten Sportförderung unter Berücksichtigung gesundheitsorientierter, integrativer und sozialer Aspekte - Erhöhung des Anteils weiblicher Übungsleiterinnen mit Zuwanderungsgeschichte in Sportvereinen	strategisches Ziel Nr. 5 (Gesundheit)

Politikfeld	Strategisches Ziel	Aktuelle und zukünftige Handlungsschwerpunkte	Hintergründe und Herausforderungen	Korrelation ↔
Lebens- qualität		- Ausrichtung einer Sportlerehrung - Unterregionalisierte Lehrerfortbildung Sport		
		11.2) Bedarfsgerechte, nachhaltige, sichere und wirtschaftliche Bereitstellung von attraktiven Naherholungseinrichtungen - Qualitative Weiterentwicklung und Instandhaltung von Rad-, Geh-, Wander- und Reitwegen sowie Erholungseinrichtungen	- Steigerung des Wohn- und Freizeitwerts des Kreises in der Region - Berücksichtigung von Trendsportarten wie Jogging, Walking, Nordic Walking, Wandern / Trecking etc. - wachsende Zahl von „jungen“ Senioren mit entsprechendem Zeitbudget, fast jeder zweite Senior ist ein Naturliebhaber (47%) - kinderfreundliche Angebote	
		11.3) Förderung des Kreisbewusstseins durch Kulturarbeit - Durchführung überörtlicher Kulturveranstaltungen mit Kunstschaaffenden und Kultureinrichtungen aus dem Kreis Mettmann - Sicherung des regionalen Kulturerbes - Förderung des Neanderthal Museums	- Beitrag zur Bereicherung der Lebensqualität - Steigerung des Wohn- und Freizeitwerts des Kreises in der Region - Trend zum Kulturmarketing und wachsendes Interesse an Kulturveranstaltungen mit Ereignischarakter - Überwindung der Spaltung des Kulturpublikums (Dominanz der Höhergebildeten) und der Konkurrenz von Hoch- und Breitenkultur - spezielle Angebote an das „dominante Publikum von heute“ (insbesondere für die wachsende Zahl der jungen Senioren) und für das „Publikum von morgen“ (Kinder und Jugendliche)	
		11.4) Entwicklung Leitbild Neandertal - Maßnahmenentwicklung auf Grundlage des Tourismuskonzeptes für den Kreis Mettmann und Verknüpfung der Tourismusstrategie des Kreises mit den Vorgaben des Masterplans NRW-Tourismus	- Freizeitwirtschaft als Wachstumsbranche und Leitökonomie - Trend zu Kurz- und Inlandsreisen - Geschäfts-/Messe-/Aktiv-/Kulturtourismus - Ausrichtung auf bestimmte Zielgruppen	

Politikfeld	Strategisches Ziel	Aktuelle und zukünftige Handlungsschwerpunkte	Hintergründe und Herausforderungen	Korrelation ↔
Lebens- qualität		- Verknüpfung mit Masterplan NaturKulTour Neandertal - Auf- und Ausbau eines Tourismus-Portals	- Senioren als Wachstumsmarkt - Trend zu stärkerer regionaler Vernetzung	



Herrn Landrat
Thomas Hendele
Düsseldorfer Straße 26
40822 Mettmann

**Fachbereich
Zentrale Servicedienste**

Stadt Langenfeld Rhld.
Rathaus
Konrad Adenauer Platz 1
40764 Langenfeld
Postfach 15 65
40740 Langenfeld

Herr Rommel
Mein Zeichen
Zimmer 354
Telefon 02173 · 794-1100
Fax 02173 · 794-91100
manfred.rommel@langenfeld.de
www.langenfeld.de

Montag – Freitag 8:00 – 12:00
Donnerstag 14:00 – 17:00

Strategisches Zielprogramm des Kreises

23. April 2010

Sehr geehrter Herr Landrat,

Heide Thomas

in die Sitzung des Kreisausschusses am 8. März 2010 haben Sie ein strategisches Zielprogramm eingebracht, das der Kreisausschuss in erster Lesung zur Kenntnis genommen hat. Das weitere Beratungsverfahren soll noch interfraktionell abgestimmt werden.

Gestatten Sie mir zum Verfahren und Inhalt einige Anmerkungen.

Es ist sicherlich sehr zu begrüßen, wenn Einvernehmen über mittel- und langfristige Ziele für die Entwicklung im Kreis Mettmann erreicht werden kann. Wegen des besonderen Verhältnisses der Kreise zu den kreisangehörigen Städten nach der Kommunalverfassung NRW und wegen der finanziellen Auswirkungen halte ich es für dringend geboten, die Vorlage intensiv innerhalb der kommunalen Familie zu diskutieren.

Nicht zuletzt aufgrund der Haushaltsreden bei der Verabschiedung des Kreishaushaltes 2010 muss ich befürchten, dass allerdings mit der Verabschiedung des Zielkonzeptes ein Blankoscheck für neue Aufgaben erteilt werden soll. Einen finanziellen Rahmen für die Ausgestaltung der Aufgabenwahrnehmungen vermag ich entgegen der Ankündigung nämlich nicht zu erkennen. Bei der notwendigen Priorisierung der Ziele und Maßnahmen ist aber unbedingt auf die kommunale Finanzsituation Rücksicht zu nehmen.

Nach einer ersten Durchsicht möchte ich schon heute zu dem strategischen Zielprogramm einige Anregungen geben.

Die Präambel ist aus meiner Sicht missverständlich formuliert. Es heißt zwar, dass das Zielprogramm nachhaltig über ausgeglichene Haushalte finanziert werden muss. Wessen Haushalt ausgeglichen sein soll, ist jedoch offen gelassen. Es ist davon auszugehen, dass sich der ausgeglichene Haushalt nur auf den des Kreises bezieht. Es kann aber nicht Ziel einer Kreispolitik sein, freiwillige Aufgaben über die Kreisumlage zu finanzieren, schuldenfrei zu sein und die kreisangehörigen Kommunen noch weiter ins Defizit zu treiben.

Auch die Formulierung zu den Rahmenbedingungen ist interpretationsfähig. Sofern mit einer allgemeinen Formulierung zur Personalgewinnung gemeint wäre, dass nur Ersatz aus dem demografiebedingt rückläufigen qualifizierten Arbeitskräfteangebot sichergestellt werden muss, bestünden aus meiner Sicht keine Bedenken. Die Formulierung steht jedoch im Kontext von zusätzlichen Aufgaben, für die zusätzliches Personal gewonnen werden soll. Insofern sind die zusätzlichen Aufgaben kritisch zu hinterfragen.

Deshalb gestatten Sie mir zu den einzelnen Politikfeldern, strategischen Zielen und vorgesehenen Handlungsschwerpunkten weitere Anregungen und Anmerkungen.

Bildung

1.3 - Qualifikation von Schulleitungen und Lehrkräften

Das Land ist grundsätzlich für das Fortbildungsangebot für Lehrerinnen und Lehrer zuständig. Daher ist nicht einzusehen, dass für die Landesbediensteten der Kreis, finanziert durch die Kommunen, weitere Angebote zur Verfügung stellt. Wenn Defizite bestehen, sollte der Kreis darauf hinwirken, dass das Land auch die notwendigen Fortbildungsveranstaltungen anbietet und finanziert.

2.2 - Aufbau eines Übergangsmanagements Schule-Beruf

Es ist klarzustellen, dass sich die in diesem Punkt aufgeführten Handlungsschwerpunkte nur auf die Schulen in Trägerschaft des Kreises (Berufskolleg, Förderschulen) beziehen.

Das Angebot flächendeckender Kompetenzchecks von Seiten des Kreises würde zu Mehrfachstrukturen mit den vorhandenen Angeboten der Kommunen führen. Den Aufbau einer Koordinierungsstelle „Regionales Übergangsmanagement“ wird für unnötig erachtet, da durch die Existenz der Kompetenzagentur im gesamten Kreis hier diese Aufgabe angesiedelt werden könnte. Bei einem Wegfall der Förderungen sollte darüber nachgedacht werden, diese in die Zuständigkeit der Städte zu übertragen. Diese sind hinsichtlich der Hilfeangebote für die besonders schwer vermittelbaren Jugendlichen im unmittelbaren Kontakt zu den Trägern solcher Angebote.

2.3 - Bildungspartnerschaften (regionales Bildungsnetzwerk)

Das Thema regionales Bildungsnetzwerk wurde schon zweimal im Kreis der Schuldezernenten besprochen und von Seiten der kommunalen Schuldezernenten als nicht anstrebenswert erachtet. Hinter dem Begriff Bildungsnetzwerk verbirgt sich eine Koordinierungsstelle mit mehreren Vollzeitstellen. Diese Stellen sollen durch das Land und den Kreis Mettmann besetzt werden. Die Schuldezernenten der kreisangehörigen Kommunen halten vorerst den Aufbau von Bildungsnetzwerken vor Ort für erforderlich und halten auch punktuelle Zusammenarbeit und Kooperationen, auf den gesamten Kreis bezogen, für notwendig. Hieraus jedoch ein kreisweites regionales Bildungsnetzwerk mit einer Geschäftsstelle von mehreren Vollzeitstellen zu schaffen, ist aus Sicht der Kommunen nicht erforderlich.

Soziales

3.1 - Bedarfsgerechte Unterstützung und Versorgung von älteren Menschen mit Hilfe- und/oder Pflegebedarf sowie Anpassung an veränderte Versorgungsstrukturen

Schon heute bestehen vielfach Parallelstrukturen zu den städtischen Angeboten/Projekten/Maßnahmen, so dass in ein und derselben Sache häufig doppelt gearbeitet wird. Die örtliche Anbindung ist in den meisten Fällen wegen der Nähe zum Bürger nach hiesiger Auffassung sinnvoller. Die Tätigkeit des Kreises sollte sich insoweit auf den Bereich übergeordnete Aufgaben beschränken. Der Aufbau von Infrastruktur und dergleichen sollte den näher am Menschen befindlichen Kommunen obliegen.

3.2 – Auflösung ARGE

Die Argumente der Stadt gegen die Ausübung der Option im Sinne von § 6 a SGB II sind Ihnen ja hinlänglich bekannt.

3.3 - Förderung von Menschen mit Behinderungen

Unklar bleibt, was Inhalt dieses Systems sein kann, welche Vorteile es bringen soll. Grundsätzlich erfolgt die Beratung behinderter Menschen / Angehöriger auf die individuellen Bedürfnisse angepasst vor Ort (Wohn- und Pflegeberatung und andere Stellen, wie Krankenkassen, Pflegedienste, Eingliederungshilfen etc.). Die Nachfrage konnte bislang gedeckt werden. Weiterer Bedarf ist hier von den Bürgern jedenfalls bislang nicht angemeldet. Auf jeden Fall werden die gesetzlich vorgeschriebenen (aus Sicht der Stadt Langenfeld auch nicht notwendigen) Pflegestützpunkte weiteren Beratungsbedarf abdecken können. Angesichts exorbitant steigender Kosten in diesem Bereich sollte die Kostendämpfung in den Vordergrund gestellt werden.

Integration

4. - Integration der Einwohnerinnen und Einwohner mit Zuwanderungsgeschichte

Es handelt sich zwar um eine wichtige Aufgabe, die jedoch ins Aufgabenportfolio der Städte gehört. Hier haben die Kommunen mit Hilfe der Integrationsräte die größeren Chancen, auch Problemkunden zu erreichen.

Gesundheit

5.4 - Förderung des Sports und Förderung des Sportbewusstseins

Es handelt sich eindeutig um eine klassische Aufgabe der örtlichen Gemeinschaft. Auch eine Verantwortlichkeit des Kreises für Lehrerfortbildung im Bereich Sport ist nicht zu erkennen. Lehrerfortbildung liegt in der Verantwortung des Landes.

Bürgerservice

6.1 - Bürgernahe Leistungserbringung

Auf die Teilnahme an „D 115“ sollte vorerst verzichtet werden. Die Zwischenberichte zeigen, dass dort, wo auf regionaler Ebene D 115 besteht, die Nachfrage nach Auskünften von Bundes-, Landes- oder Kommunalbehörden äußerst gering ist. Das Ergebnis der Pilotphase sollte erst abgewartet werden, bevor hier erheblich investiert wird. In viel größerem Umfang nutzt die Bürgerschaft das Internet als Informationsquelle. So äußerte sich zum Beispiel auch der Präsident des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes auf der Cebit 2010: „Weder die Bürgerinnen und Bürger noch die Kommunen brauchen den Behördenruf D 115 auf regionaler Ebene.“

6.2 – Interkommunale Zusammenarbeit

Die Bildung von kundenorientierten Service-Centern ist im Allgemeinen der richtige Weg, öffentliche Dienstleistungen der Bürgerschaft effektiv und wirtschaftlich anzubieten. In den kreisangehörigen Städten ist durch die Bürgerbüros ein solches Service-Center bereits umgesetzt worden. Der Idee der Weiterentwicklung des Bürgerservices in den Kommunen um Dienstleistungen des Kreises stehe ich grundsätzlich positiv gegenüber. Die Nähe der Nebenstelle des Straßenverkehrsamtes zum Bürgerbüro bietet einen großen Standortvorteil für die Verwirklichung. Ein virtuelles Service-Center dagegen erscheint mir unter Kosten-Nutzen Gesichtspunkten nicht notwendig.

Vor 26 Jahren ist die gemeinschaftliche KDZ Mettmann aufgrund der unflexiblen Möglichkeiten der zentralen DV-Lösungen durch die Stadtdirektoren aufgelöst worden. Danach haben sich bei der Kreisverwaltung und den kreisangehörigen Städten heterogene IT-Landschaften entwickelt, die in vielen Aufgabenbereichen zu völlig unterschiedlichen IT-Lösungen geführt haben.

Die in den letzten Jahren durchgeführten Treffen der IT-Leiter haben nur in ganz wenigen Fällen zu Kooperationen geführt. In den meisten Fällen sind dabei aufgrund der Marktlage im IT-Bereich nur geringe Einsparungen zu erzielen, die meistens durch den erhöhten Koordinationsaufwand aufgesaugt werden.

Sicherlich wird grundsätzlich begrüßt, wenn die DV des Kreises den Weg zu kreisübergreifenden Kooperationen beschreitet. Bislang jedenfalls sind die Sach- und Personalkriterien und der hohe Personalstand des Kreises in diesem Bereich für die Kommunen nicht nachvollziehbar.

Im Übrigen sind Kooperationen in kleinen, überschaubaren Einheiten für bestimmte Sachprobleme zwischen Kommunen denkbar, wenn tatsächlich wirtschaftliche Einsparungen erzielt werden können. Es sei in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass auch die Finanzausstattung der Kommunen es nicht allen Städten erlaubt, sich an derartigen Projekten zu beteiligen.

6.5 - Verstärkte Nutzung von Geodaten und Weiterentwicklung der kreisweiten Geodateninfrastruktur

Jetzt, nachdem die Kommunen einzeln oder im Verbund mit Nachbarn eine leistungsfähige Geodaten-Infrastruktur aufgebaut haben, wird von Mobilisierung und Vermarktung kommunaler Geodaten gesprochen. Wenn hierfür überhaupt ein Bedarf besteht, dann liegt es nahe, ohne weiteren Aufwand die entsprechende Dienstleistung durch die Städte, die über die Daten verfügen, zu erbringen. Die Dienstleistung des Kreises ist in diesem Zusammenhang nicht notwendig. Sie erfordert allenfalls unnötigen Personal- und Kosteneinsatz.

Sicherheit und Ordnung

7. - Intensivierung des Bevölkerungsschutzes auch im Krisenfall

Fraglich ist, ob mit der Einführung des Digitalfunkes automatisch eine Aufschaltung auf die Kreisleitstelle verbunden sein muss. Der Entwurf des Rettungsbedarfsplanes zeigt deutlich, dass die Kreisleitstelle räumlich und personell nicht darauf eingerichtet ist und hohe noch nicht bezifferte Investitionen und Folge- und Personalkosten entstehen würden.

Mobilität

8.1 - Bedarfsgerechte Verkehrsinfrastruktur

Der Kreis sollte sich endgültig vom allzu dünnen Netz der Kreisstraßen und der damit verbundenen Zuständigkeit lösen und diese entsprechend auf die Kommunen verlagern. Die seit Jahren angedachte Auflösung des Baubetriebshofes des Kreises und die Übertragung dieser Aufgaben auf die kreisangehörigen Städte könnte dann umgesetzt werden.

Bau und Unterhaltung von Straßen wären dann in einem bedeutend günstigeren Kostenrahmen möglich.

Das Thema Lenkung von Verkehrs- bzw. Pendlerströmen zur Vermeidung von Staus und Unfallgefahren lässt sich ohnehin bei dem geringen Netzanteil der Kreisstraßen strategisch in keiner Weise beeinflussen. Dies funktioniert nur innerhalb des Gesamtnetzes einer Kommune bzw. einer Region.

Wünschenswert wäre allerdings eine Aussage zum überörtlichen Straßennetz. Ein klares Bekenntnis zur B 229 n würde in Langenfeld sehr begrüßt werden.

8.2 - Weiterentwicklung der SPNV-Erschließung des Kreisgebietes

Grundsätzlich sind die Aktivitäten des Kreises zum SPNV zu begrüßen. Der Rhein-Ruhr-Express wurde allerdings in diesem Zusammenhang einfach vergessen. Hier erwarten die Städte des Südkreises die tatkräftige Unterstützung des Kreises hinsichtlich der notwendigen Einrichtung eines entsprechenden Haltepunktes.

8.3 - Erhaltung und Sicherung einer bedarfsorientierten Raumerschließung des Kreisgebietes mit ÖPNV

Zur effizienten Einbindung der Vorteile aus der Kreisverkehrsgesellschaft Mettmann mbH sollte der Kreis zu gegebener Zeit (günstiger Zeitpunkt am Kapitalmarkt) das Aktienpaket des RWE dem (Zuschuss-)Bedarf anpassen. Das ist natürlich auch von der Entwicklung der Dividendenausschüttung abhängig zu machen, die zur Zeit eine hohe Rendite darstellt. Der daraus resultierende Gewinn der KVGM geht aber zu knapp 16% als Körperschaftssteuer ans Finanzamt und zu mindestens 15% als Gewerbesteuer nach Mettmann.

Wirtschaft

Zum Politikfeld Wirtschaft ist grundsätzlich anzumerken, dass sich alle kreisangehörigen Städte in der Wirtschaftsförderung engagieren. Deshalb sollte der Kreis diese Aktivitäten nur unterstützen, soweit sie von kreisweiter oder überregionaler Bedeutung sind.

9.2 - Positionierung des Wirtschaftsstandortes Kreis Mettmann

Aus Sicht der Stadt Langenfeld bedeutet die Sicherung des konkurrenzfähigen und attraktiven Wirtschaftsstandortes auch die tatkräftige Unterstützung des Kreises Mettmann im Rahmen der Bauleitplanung. Dies war und ist leider nicht immer der Fall. Strategisches Ziel sollte daher also sein, dafür Sorge zu tragen, dass Verfahren zeitnah abgewickelt werden können. Wichtig ist gültiges Planungsrecht zum richtigen Zeitpunkt.

Umwelt

10.1 - Begrenzung des Flächenverbrauches und Erhalt einer strukturierten Kulturlandschaft innerhalb eines durchgehenden Biotopverbundsystems

Die Frage des Flächenverbrauches ist in erster Linie eine Aufgabe der Regionalplanung. Sie schlägt sich in den Darstellungen der Landesentwicklungspläne und des GEP nieder. Der Flächenverbrauch lässt sich nur dann reduzieren, wenn die Revitalisierung von Gewerbebrachen als strategisches Ziel neue Bedeutung erlangt. Gute Beispiele hierzu gibt es bereits in den Kommunen.

In diesem Zusammenhang würden strategische Aussagen zur Wohnungsentwicklung und zu geänderten Wohnformen aufgrund der demographischen Entwicklung begrüßt werden.

10.3 - Sanierung von Altlasten (Flächenrecycling)

Hier wird vage beschrieben, wie sich der Kreis solche Maßnahmen vorstellt. Dazu gehört allerdings viel, viel mehr. Die Gemeinden sollten solche Prozesse eigenverantwortlich betreiben und bei Bedarf das Know-how der Unteren Bodenbehörde beim Kreis in Anspruch nehmen.

10.4 - Schutz der Bevölkerung vor vermeidbarem Lärm und Gerüchen (Immissionsschutz)

Die Einflussnahme und Mitgestaltung bei der Bauleitplanung ist durchaus wünschenswert, wenn dabei nicht vergessen wird, dass die Planungshoheit bei der Gemeinde liegt. Beratung von Bauherren und vor allen Dingen das Thema Verfahrensbeschleunigung ist eindeutig bei der Kommune angesiedelt. Fälle von Verfahrensbeschleunigungen in Zusammenarbeit mit dem Kreis sind bislang nicht bekannt. Die Kooperation mit Wirtschaftsförderung und Bauämtern zur Verankerung des Immissionsschutzes bei der Planung und Realisierung von Vorhaben ist ohnehin verfahrensmäßig vorgegeben. Das Aufspüren von Immissionsschwerpunkten im Kreis und die Minderung der Belastung für die Bevölkerung ist zunächst Aufgabe der Kommunen. Doppelzuständigkeiten erhöhen den Aufwand und kosten wertvolle Zeit.

10.5 - Wasserqualität und Nutzungskonflikte

Das Thema Geothermie erfordert zeitnah einen verlässlichen Handlungsrahmen für die energetische Beratung von Bauherren durch die Kommune, wenn es um zukunftsweisende Energiekonzepte geht.

10.6 - Verstärkung des Klimaschutzes

Das Anliegen wird unterstützt. Klimaschutzkonzepte sind jedoch in 1. Linie Aufgaben der Kommunen und auf einem guten Weg.

Lebensqualität

11.1 - Förderung des Sportbewusstseins im Kreis

Das Thema Sportförderung wird nicht nur unter Gesundheit, sondern auch unter Lebensqualität mit als Ziel genannt. Hier ist noch einmal zu betonen, dass es sich um eine klassische Aufgabe der örtlichen Gemeinschaft handelt.

11.3 - Förderung des Kreisbewusstseins durch Kulturarbeit

Sicherlich ist es sinnvoll, die Kultureinrichtungen im Kreis soweit zu vernetzen, dass sie einen Austausch haben und punktuell auch gemeinsame Projekte stattfinden und Kulturschaffende die Möglichkeit haben, sich im Kreis zu präsentieren. Die unter Hintergründe und Herausforderungen genannten Punkte 3 – 5 sind allgemein gültig und haben auf örtlicher Ebene eine höhere Bedeutung.

11.4 - Entwicklung Leitbild Neandertal

Der Kreis ist kein Tourismusziel! Stattdessen sollten seine Stärken als Ausflugsziel mit unterschiedlichen Aktivitäten herausgearbeitet und verbessert und seine besondere Lage in einer Region zwischen den Großstädten (Messebesucher usw.) hervorgehoben werden.

Nach den bislang bekannten Daten und Fakten zum Tourismuskonzept Neandertal ist der Eindruck entstanden, dass das Neandertal das Zentrum der touristischen Profilschärfung des Kreises bildet, während vor allem die Städte am Rande des Kreisgebietes als ebenfalls besuchenswerte Standorte nur eine Randerscheinung darstellen. Die Städte sind und bleiben darauf angewiesen, ihre Vorzüge und attraktiven Anlaufpunkte selbst zu vermarkten

Mit freundlichen Grüßen



Frank Schneider